

Jörg Becker

Mein Austritt aus der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Winnacker,

über die Universität Marburg, die ihrerseits Mitglied der DFG ist, bin auch ich als Marburger Hochschullehrer - quasi zwangsweise und ungefragt - Mitglied der DFG.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der DFG. Ich tue dies aus folgenden Gründen.

Erstens: Anfang der siebziger Jahre gab es in Westdeutschland eine aktive, innovative und kreative wissenschaftliche Aufbruchstimmung an allen deutschen Universitäten, in allen Fakultäten, in allen akademischen Disziplinen. Hochschule öffnete sich endlich auch gegenüber Gesellschaft, Hochschule intern brach endlich mit falschen Hierarchien und Verkrustungen. Diese Veränderungen hatten sehr viel weniger mit irgendwelchen studentischen Protesten seit 1968 tun, als vielmehr mit einem deutschen Sonderweg. Deutschland holte Anfang der siebziger Jahre eine Modernisierung seiner Gesellschaft, Politik und Ökonomie nach, die man in den USA - und dort gerade in den Universitäten - schon seit Anfang der dreißiger Jahre beobachten konnte.

Gegenüber dieser Situation hat sich die der Gegenwart drastisch verschlechtert. Unter dem vermeintlichen Zwang von Sparmaßnahmen und zunehmender self fulfilling prophecies vieler hochschulpolitischer Akteure, es gäbe eben keinerlei finanziellen Spielraum mehr, hat sich die DFG immer mehr als ein Ort der Re-Feudalisierung von Hochschule und Wissenschaft heraus kristallisiert.

Dieser schleichende Prozess einer Re-Feudalisierung gilt bei Leibe nicht nur für die Hochschule, sondern auch für andere Ort öffentlicher Kommunikation. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den „Bericht zur Lage des Fernsehens“ für den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker von 1994. Wortwörtlich warnt dieses Memorandum in Bezug auf Fernsehen in Deutschland vor einer „Rückkehr der höfischen (sic!) Öffentlichkeit“.

Alles andere als ein Ort von „Gutachterdemokratie der Wissenschaft“ - so die Selbstsicht der DFG - wurde die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Ort von Affirmation und Anpassung, Zitierkartellen und invisible colleges, mainstream und Vorab-Absprachen, von der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, von Innovationsfeindlichkeit und Langeweile.

Lassen Sie mich meine Aussagen für die Sozialwissenschaft, die ich fachlich vertrete, konkretisieren. Gegen das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) ist fachlich gewiss nichts einzuwenden, die Qualität ist gut, und dieses Zentrum wird jede öffentliche Begutachtung mit Bravour bestehen. Nur: Aufregende und innovative Sozialwissenschaft, kreative Suche nach dem Neuen und Unbekannten, Aufregung um ein frisches Querdenkertum - alles dieses wird man am WZB - und eben bei von der DFG geförderten sozialwissenschaftlichen Projekten - nicht finden, und aus strukturellen Gründen nicht finden können. Was innovative Sozialwissenschaft leisten kann, zeigt gegenüber dem Riesen WZB das kleine privatwirtschaftlich arbeitende Hamburger Institut für Sozialforschung unter Leitung von Jan Philipp Reemtsma.

Noch einmal anders formuliert: Was immer sich deutsche Gesellschaft und Kultur in den letzten dreißig Jahren an neuen Ideen in der öffentlichen Diskussion haben einfallen lassen (Ökologie, Frieden, Frauen) - Diskurs stiftend war es immer weniger die Universität oder gar die DFG, wohl aber und insbesondere evangelische Akademien wie die von Loccum, Arnoldshain, Tutzing, Iserlohn oder die von Hofgeismar im Reinhardswald. Es ist beschämend wie völlig irrelevant Universität und DFG für diese Art von öffentlichem Diskurs geworden sind. Dank der versteinerten Verhältnisse in Universität und DFG sind diese Institutionen in unserer Gesellschaft innovationsunfähig geworden.

Zweitens: Mit der Veröffentlichung der „Empfehlungen zur Forschung mit menschlichen Stammzellen“ vom 3. Mai 2001 hat die DFG den Rubikon wissenschaftlichen Arbeitens in mehrfacher Hinsicht überschritten.

Wissenschaft ist ein sich selbst regulierendes Teilsystem unserer Gesellschaft. Wird dieses System mit Blick auf außerhalb des Systems liegende Zusammenhänge (volkswirtschaftliche Konkurrenz, Verlust von Wettbewerbsvorsprung, Schaffung von Arbeitsmärkten usw.) belohnt oder bestraft, wird Wissenschaft instrumentalisiert, verliert sie ihre relative Autonomie. (Ob sie die je hatte, steht auf einem anderen Blatt und schon die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ stand der „Weltbühne“ 1928 im Verdacht, „eine Tummelstätte üblen Cliquengeistes“ zu sein, nichts anderes als eine von der Industrie gesteuerte „I.G. Wissenschaft“, dies eine mehr als deutliche Anspielung auf die alte I. G. Farben.)

Was mich freilich noch viel mehr bestürzt, ist das mangelnde wissenschaftliche Niveau von Technikgeschichte, Technikphilosophie und Ethikdiskussion dieser Empfehlungen. Die in diesem Papier formulierte Ethikdiskussion reduziert sich auf einen Gegensatz zwischen „menschlicher Würde“ und „Forschungsfreiheit“. Ohne mich an dieser Stelle darauf einzulassen, ob es eine Gleichgewichtigkeit dieser beiden Größen gibt und ob sie deswegen überhaupt miteinander vergleichbar sind, bleibt als Vorwurf ein ungeheurerlicher Reduktionismus in der Ethikdiskussion festzuhalten. Ein Politiker mag eine Ethikdiskussion populistisch derart verkürzen, eine Gruppe von Wissenschaftlern kann sich so etwas freilich nicht leisten. (Es ist alles andere als ein Zufall, dass die Empfehlungen der DFG vom 3. Mai 2001 im Literatur-Verzeichnis keine einzige Fund- oder Literaturstelle zu Philosophie und Ethik aufführen.) Will Wissenschaft ihrem Anspruch nach Aktualität, Umfassendheit, Kenntnis der internationalen Fachliteratur, hohem Komplexitätsgrad, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit, Aufklärung usw. nachkommen, dann können in einer Ethikdiskussion folgende Überlegungen nicht flach fallen.

Die Informatik einerseits, die Bio- und Gentechnologie andererseits könnten zu folgenden Konsequenzen führen (und ich formuliere das absichtlich aus der Sicht sehr verschiedenartiger Philosophen):

- Gentechnologie könnte die letzte Vollendung positivistischen Denkens und der Technokratie von Gesellschaft sein. Sie könnte den Sieg der instrumentellen über die humane Vernunft bedeuten (Horkheimer).
- Gentechnologie könnte auf eine Stärkung der sich selbst immunisierenden Technokratie bzw. Schwächung des kommunikativ-politischen Handelns zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme hinauslaufen (Habermas).

- Gentechnologie könnte eine Verstärkung von organisierter Unverantwortlichkeit durch die Definition von Risiken durch die Wissenschaft selbst bewirken, quasi stellvertretend für die Gesellschaft (Beck).
- Gentechnologie könnte zu einer Verstärkung von Unsicherheiten im Bereich von Erkenntnis, von Beherrschbarkeit in Sachbereichen und Vertrauenswürdigkeit sozialer Systeme führen (Giddens).

Individuelles Handeln könnte durch eine breite Anwendung von Forschungsarbeiten aus dem Bereich der Stammzellenforschung folgendermaßen eingeschränkt und behindert werden:

- Ethik und Politik würden durch die „objektive Wahrheit“ von Wissenschaft immer mehr diskreditiert (Horkheimer).
- Eine kommunikative Rationalität könnte in immer stärkerem Ausmaß von technischer Rationalität bedroht werden (Habermas).
- Es scheint sehr fraglich zu sein, ob sich System-Umwelt-Probleme in einen „Code“ von Ethik übertragen lassen (Luhmann).
- Ethik könnte zu einer „Fahrradbremse“ am „Interkontinentalflugzeug“ soziotechnischer Systeme werden (Beck).

Ich habe bei all diesen Bedenken absichtlich im Konjunktiv formuliert, weil ich mir der Antworten auf die hinter den Bedenken stehenden Fragen nicht im Klaren bin. Wohl kann es von der Wissenschaft auch keine eindeutigen Antworten geben - aber es ist eben völlig unwissenschaftlich, all diese Fragen nicht einmal zu stellen.

Von den vielen Wissenschaftlern, die sich mit Ethik intensiv beschäftigt haben, will ich im Folgenden kurz auf Hans Küng eingehen. Ich tue das nicht deswegen, weil ich mit ihm in allen Punkten übereinstimme, sondern weil seine Position über den engen Kreis der Wissenschaft hinaus bekannt ist, und weil seine ethischen Überlegungen eine breite Zustimmung erfahren haben. Im Zusammenhang mit Globalisierung und technologischem Fortschritt stellt Hans Küng fünf Grundregeln für das zukünftige Zusammenleben der Menschen auf:

1. Problemlösungsregel: Wissenschaftlicher Fortschritt erzeugt heute mehr Probleme, als er lösen hilft.
2. Beweisregel: Wer wissenschaftlichen Fortschritt realisieren will, muss dessen soziale und ökologische Verträglichkeit nachweisen.
3. Gemeinwohlregel: Bei Wahrung der individuellen Würde hat Gemeinwohl Vorrang vor Eigeninteresse.
4. Dringlichkeitsregel: Überleben ist wichtiger als Selbstverwirklichung.
5. Reversibilitätsregel: Bei wissenschaftlichem Fortschritt haben umkehrbare Prozesse Vorrang vor nicht umkehrbaren Prozessen.

Mit den Empfehlungen zur Forschung mit menschlichen Stammzellen vom 3. Mai 2001 hat die DFG in grober Form gegen alle fünf Grundregeln des Küngschen Ethikkataloges verstoßen.

Dieses DFG-Papier argumentiert vor dem Hintergrund, dass ein gen- und biotechnologischer Fortschritt in der Wissenschaft nicht aufzuhalten sei. Dieser Prozess sei natürlich und/oder wünschbar, ohne dass man im Einzelnen wisse, welche langfristigen Konsequenzen das habe. Eine Akzeptanz solchen Vorgehens wird durch einen emphatischen Fortschrittsbegriff gerechtfertigt, den nun mal jede technische Neuerung mit sich bringe. Solche Argumentationsfiguren, die sich dann höchstens noch auf die Dichotomie von „Chancen“ und „Risiken“ einlassen, übersehen, dass es gute Gründe gibt, davon auszugehen, dass es seit langem keine Einheit mehr von Aufklärung und Technologie, dass es längst Technologie ohne Aufklärung gibt, dass es sogar Aufklärung gegen Technologie geben muss.

Drittens: Es war und ist beeindruckend, welche Konsequenzen der frühere Politikwissenschaftler Eugen Kogon aus dem Scheitern der Ingenieursausbildung während der NS-Zeit Anfang der fünfziger Jahre gezogen hatte. Dem vorherrschenden Selbstbild von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, sie würden lediglich Werkstücke, Instrumente und Maschinen erfinden und bauen, während für deren Anwendung und Gebrauch (oder NS-Missbrauch) andere zuständig seien, hatte Kogon (mit großem Erfolg) ein verpflichtendes „studium generale“ mit Einführung in Philosophie und Politikwissenschaft im universitären Curriculum der Technikstudenten an der TH in Darmstadt entgegengestellt. Nie wieder solle es möglich sein, dass Techniker ohne Ethikausbildung und -kenntnisse zu Fachidioten einer wie auch immer gearteten politischen Ordnung ausgebildet werden.

Ich frage mich seit längerem, welche wissenschaftlichen Qualifikationen Biologen, Naturwissenschaftler, Techniker und Ärzte haben, um eine Ethikdiskussion führen zu können, die über dem Niveau eines normalen Bürgers und Laien liegt? Wer gute Software herstellt, hat damit noch keine wissenschaftliche Qualifikation über Menschenwürde und Datenschutz zu reden, und wer Insulin isolieren kann, hat sich damit noch keinesfalls wissenschaftlich legitimiert, über Würde zu philosophieren. In den Ausbildungsgängen der heutigen Universitäten sind die Ansätze eines Eugen Kogon verschüttet worden - kein Chemiker oder Biologe hat verpflichtende Seminar in Ethik zu besuchen.

Woher nehmen die Kollegen, die das DFG-Papier vom 3. Mai 2001 verfasst haben, die wissenschaftliche Legitimation, über Ethik zu reden? Ich weiß das beim besten Willen nicht. Als Sozialwissenschaftler schreibe ich schließlich auch keine Abhandlungen über die Aorta oder die Architektur von Parallelrechnern.

Im komplexen und interdisziplinären Dialog zwischen Ingenieur- und Sozialwissenschaften hat es viele und lang diskutierte Ethikkataloge gegeben. Ich denke an „Die Karmel-Deklaration über Technik und moralische Verantwortung“ von 1974, an die „Rahmenrichtlinie für das Verhalten im Beruf“ der American Association of Engineering Societies von 1984, an die Technikbewertungsrichtlinie des VDI von 1986 oder den „Code of Ethics for Scientists“ aus Uppsala von 1984.

Auch gemessen an diesen Vorarbeiten und Diskussionen sind die Empfehlungen der DFG vom 3. Mai 2001 ignorant: Man hat sie einfach nicht aufgearbeitet und nicht berücksichtigt. Und auch ein solches Nicht-Zurkenntnisnehmen früherer Diskussionen zeigt die ganze Unwissenschaftlichkeit des DFG-Dokuments zur Embryonenforschung.

Viertens: Mit der Befürwortung von Forschung an embryonalen Stammzellen verwischt die DFG den essentiellen Unterschied zwischen Dingen und lebendigen Menschen. (Diese Grenzüberschreitung hat es in der deutschen Geschichte in anderem Kontext bislang nur bei medizinischen Experimenten in den KZs gegeben.) Die DFG verlässt mit ihrem Papier vom 3.

Mai 2001 außerdem eine weitere bisherige implizite und oft auch explizite Übereinkunft wissenschaftlichen Arbeitens: Wissenschaft ruht auf einer Diskursethik. Diese wiederum gründet auf den Prinzipien der freiwilligen Teilnahme am Diskurs, der Gleichberechtigung aller Diskursteilnehmer und der Achtung der Freiheit des anderen, die unantastbar sind und insofern den Diskurs erst ermöglichen. Die Empfehlungen vom 3. Mai 2001 missachten diese Diskursethik und ersetzen sie durch eine interessensbestimmte und von daher gefährliche Entscheidungsethik, die mit wissenschaftlicher Diskursethik nicht vereinbar ist.

Fünftens: Von 1987 bis 1992 war ich Heisenberg-Stipendiat der DFG, bin also Träger einer der höchsten akademischen Auszeichnungen, die dieses Land vergibt. Ich habe in den letzten Wochen viele Arbeiten von Werner Heisenberg gelesen, und mich sehr von seinem Humanismus beeindruckt lassen. Ich bezweifle, dass Werner Heisenberg die simplen Argumentationsmuster Ihres Papiers vom 3. Mai 2001 mitgetragen hätte. Ich gebe folgendes Zitat von Werner Heisenberg zu bedenken:

„Der einzelne Forscher steht vor der bitteren Notwendigkeit, ganz frei von allen Bindungen nach eigenem Gewissen entscheiden zu müssen, welche Sache gut ist oder sogar: welche von zwei Sachen weniger schlecht ist. Wir können uns nicht der Tatsache verschließen, dass große Volksmassen und mit ihnen die Mächtigen, die sie regieren, oft, durch Vorurteile geblendet, sinnlos handeln, und wer ihnen die wissenschaftliche Erkenntnis leiht, der kann leicht in die Lage kommen, von der Schiller in den Versen spricht: ‚Weh’ denen, die dem ewig Blinden des Lichtes Himmelsfackel leih’n, sie strahlt ihm nicht, sie kann nur zünden und äschert Städt’ und Länder ein’.“

Es ist eben auch alles andere als ein Zufall in seiner Biographie, dass Werner Heisenberg zu den achtzehn Wissenschaftlern gehörte, die die Bundesregierung am 12. April 1957 im so genannten Göttinger Appell dazu aufforderten, „ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art zu verzichten“.

Hat die DFG eigentlich das Recht, ein eigenes Förderprogramm gerade nach diesem Nobelpreisträger zu benennen?

Sechstens: Als „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ wurde die DFG 1920 gegründet. Mit den Empfehlungen der DFG zur Forschung mit menschlichen Stammzellen vom 3. Mai 2001 gibt es wiederum eine Not, und zusammen mit anderen Hochschulkollegen und -kolleginnen wird man über eine neu zu gründende Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler nachdenken müssen. Schon lange vertritt die DFG nicht mehr den größten und wichtigsten Teil der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland (da diese außerhalb der Hochschule stattfindet); nun vertritt sie außerdem auch nicht mehr die Gesamtheit der an den deutschen Universitäten versammelten Hochschullehrer. Der bisherige Name „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ ist irreführend. Sie kann sich ehrlicher Weise eigentlich nur noch „Forschungsgemeinschaft in Deutschland“ nennen.

Mit meinem Austritt aus der DFG gilt:

1. Meine wissenschaftliche Expertise werde ich der DFG insofern nicht mehr zur Verfügung stellen, als ich keinerlei Forschungsprojekt mehr zur Finanzierung einreichen werde.
2. Ich stelle meine gutachterliche Tätigkeit für die DFG ein.

3. Ich werde mich nicht mehr an den Fachgutachterwahlen der DFG beteiligen.

Sie werden Verständnis haben, wenn ich diesen Brief als einen Offenen Brief betrachte, den ich auch an die Presse weitergebe.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Prof. Dr. Jörg Becker

Quelle: Becker, Jörg: Offener Brief an den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dumm und frech, das passt zusammen. Ich trete aus: Was die DFG für Ethik hält, ist so ignorant wie gefährlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2001, S. 4.